

Italienisch-Afrika umfaßt Tripolis, Italienisch-Somaliland und die Erythrea.

Spanien besitzt ein oder zwei Gebietsteile von der Westküste und an der Nord- und Westküste Marokkos. Die natürliche Einteilung Afrikas.

Der größte Teil Afrikas ist zur Kolonisation durch weiße Rassen ungeeignet, d. h. die Europäer können dort keine Siedlungskolonien errichten. Diese Tatsache muß man immer vor Augen haben, wenn man das afrikanische Problem verstehen will. Man kann Afrika in drei Hauptgebietsgruppen einteilen:

1. Die Gebiete, wo das Klima und die anderen Naturbedingungen den Europäern gestatten Kinder gesund aufzuziehen und die Grundlagen für eine europäische Kolonie im wahren Sinne des Wortes zu schaffen.

2. Die Gebiete, wo die klimatischen Bedingungen, obwohl die weiße Kolonisation weniger günstig, doch nicht ganz ungünstig sind, aber wo die Zahl der Ureinwohner, ihre Eigenschaften und Charaktere eine weiße Kolonisation verhindern.

3. Die Gebiete, wo aus klimatischen Gründen absolut keine Rede davon ist, daß sich eine europäische Kolonie entwickeln könnte. Das sind, wie gesagt, die ausgebreitetsten Gebiete.

Daraus folgt, daß die Natur der direkten Aktion der Europäer in Afrika unüberschreitbare Grenzen gesetzt hat. Selbst in der Abteilung 1, der günstigsten des Kontinents, kann die Kolonisation nur teilweise durchgeführt werden. Keine weiße Kolonie kann sich in irgend einem Teile Afrikas ganz auf sich allein stützen. Afrikaner oder eingewanderte Asiaten müssen mit gewissen Ausnahmen die schwerste Handarbeit übernehmen. Das Regierungsproblem wird deshalb immer verwickelter wegen der inneren Schwierigkeit des Zusammenlebens der beiden Rassen, zumal da die Eingeborenen stärker und fruchtbarer sind.

In der Abteilung 2 stellen sich der europäischen Kolonisation größere Widerstände in den Weg. Sie umfaßt vor allem die Länder um das Mittelmeer, also Tunis, Tripolis, Aegypten, Algier und Marokko. Die eingeborene Bevölkerung ist verhältnismäßig dicht und kein weißes Proletariat könnte mit ihr konkurrieren. Außerdem, sei es wegen des Klimas, sei es wegen der Bodenbeschaffenheit oder aus beiden Gründen zugleich, können die Europäer keine festen Niederlassungen in großen Teilen dieser Gebiete schaffen. Ein großer Teil von Tunis und Tripolis ist Halbwüste, und obgleich die künstliche Bewässerung vor dem Kriege begann Wunder zu wirken, so ist doch die Zeit kaum abzusehen, wo diese Gebiete eine europäische Bevölkerung haben werden, die dort wirklich dauernd lebt.

Der Teil 3 des Kontinents ist das unermessliche Territorium im Innern der tropischen Zone und um sie herum, er wird ungefähr vom 18. nördlichen und 15. südlichen Breitengrad begrenzt. Für 90 von 100 Europäern ist dort das Leben ein beständiger Kampf um die Gesundheit.

Und dort befindet sich auch die größte Reserve tropischer Produkte der Welt — Palmöl, Kautschuklianen, endlich verschiedene Edelhölzer von hohem Wert, Gummi, Harz, Ole und Textilpflanzen. Dort könnten eingeführte tropische Pflanzen im Ueberfluß gedeihen. Das ist der

Liebungsplatz für alle die tropischen Produkte, welche die moderne europäische Industrie in stets wachsenden Mengen verlangt.

Hier haben sich England, Frankreich und Deutschland in den letzten 30 Jahren Einflußsphären geschaffen, manchmal durch Verträge mit den Häuptlingen der Eingeborenen, manchmal durch das Mittel der Gewalt. Dieser Teil Afrikas hat stets ein fruchtbares Feld abgegeben für alles, was in der europäischen Psychologie als schlecht und grausam gilt. Denn dort gibt es ein Menschenmaterial, daß sich für eine gerechte und anständige Verwaltung erstaunlich erkenntlich zeigt, das aber auch eine gefügige Masse in den Händen der Sklavenhalter und Ausbeuter ist.

Vor entscheidenden Kämpfen.

Während die Provisorische Regierung die Flucht nach Moskau vorbereitet, während sie also den Willen bekundet die Stadt aufzugeben, in der sich ein Drittel aller für die Verteidigung arbeitenden Metallarbeiter, über ein Drittel aller für die Verteidigung arbeitenden chemischen Arbeiter befinden, steht der Petrograder Sowjet unentwegt auf dem Standpunkt der Verteidigung Petrograds, dieses Herzens der russischen Revolution. Der Petrograder Sowjet fordert in seinem Beschluß die Garnison Petrograds zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Kampfesfähigkeit auf. Er bildet eine Verteidigungskommission, die die Vorbedingungen der Verteidigung, die persönliche Zusammensetzung der Kommandostellen prüfen soll, die darüber wachen soll, daß kein Teil der Garnison ohne strategische Notwendigkeit aus Petrograd weggeführt wird.

Der Plan der Regierung aus Petrograd zu flüchten, verfolgt offenbar konterrevolutionäre Zwecke. Gestützt auf die Kosaken, mit deren Führern die Regierung jetzt kokettiert, könnte sie versuchen Petrograd von den Getreide- und Kohlenregierungen abzuschneiden und es auf diese Weise dem Hunger, der Kälte und den Kosakenlizenzen auszuliefern.

Gleichzeitig machen die Führer des bankerotten Sozialpatriotismus alles, um die für den 2. November beschlossene Einberufung des Allrussischen Sowjetkongresses zu sabotieren.

In den Petrograder Arbeitermassen steigern alle diese Ereignisse die Unruhe und gleichzeitig den entschiedenen Willen zum Kampf. Man fühlt, daß jedes Ausweichen jetzt eine entschiedene Niederlage ohne Kampf bedeuten würde. Für den 3. November hat der Petrograder Sowjet eine Demonstration angesetzt. Die Regierung Kerenskis hat sie verboten. Die bürgerlich-sozialpatriotische Mehrheit der Petrograder Kommunalversammlung und der bankerotte Vollzugsausschuß der früheren Sowjetmehrheit fordern die Massen auf, von der Demonstration abzugehen. Jeder Tag kann große Zusammenstöße bringen. Rußland steht am Vorabend des Bürgerkrieges.

Ich merke, daß es, um sich bei Menschen beliebt zu machen, kein besseres Mittel gibt, als sich vor ihren Augen mit ihren Neigungen zu schmücken, in ihrer Grundstimmung einzugehen, ihrer Fehler zu beschönigen und allem, was sie tun, Beifall zu zollen.

Die Klügsten sind gerade der Schmeichelei gegenüber die aller-verbildetsten und es gibt nichts so Abgeschmacktes, nichts so Lächerliches, das sie nicht hinunterschlucken, wenn es mit Lobeserhebungen gehörig gewürzt ist.

Moliere.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 46

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 17. November 1917

Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Der Sieg der Bolschewiks	Seite 347
Die Parlamentarisierung Deutschlands	„ 348
Die Weltlage und die russische Revolution.	„ 349
Von K. Radek. (Schluß)	„ 349
Die Krise naht der Lösung. Von N. Lenin.	„ 351

Der Sieg der Bolschewiks.

Die Bolschewiks, die russischen Linksradikalen, haben gesiegt. Die Menschewiks, die feigen Opportunisten, die die Revolution an die Kapitalisten und die Ententemächte verrieten, sind an die Wand gedrückt, die Kerenskis, Tereschtschenko, Teretelli gestürzt und gefangen gesetzt wie die Romanows. Lenin, der Geächtete, der Marat der russischen Revolution, ist aus seinen unterirdischen Zufluchtsstätten heraufgestiegen; er triumphiert. Damit ist an die Spitze der russischen Staatsmacht ein Mann von unbändigem revolutionärem Feuer getreten, ein eiserner Charakter von riesiger Energie, von unbeugsamer Konsequenz, ein Todfeind jedes zeretzenden Opportunismus. Getragen von dem Willen der Industriearbeiterschaft, die alle Schlachten der Revolution geschlagen, die in halbjährigen bitteren Enttäuschungen erfahren mußten, daß alleine rücksichtslose Klassenpolitik, allein die Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats die Revolution retten kann, getragen von den Hoffnungen des kriegsmüden Heeres, aller Elenden und Hungernden, gehen jetzt die Bolschewiks daran, den russischen Auiasstall zu reinigen, Rußlands Wirtschaft wieder aufzurichten, der Welt den Frieden zu bringen.

Die Aufgabe, für welche die Menschewiks und die kleinbürgerlichen Sozialrevolutionäre keine Lösung fanden, war vor einem halben Jahre ungeheuerlich, aber sie war lösbar, wenn sie mit entschlossener Kühnheit in die Hand genommen worden wäre. Inzwischen ist der Wirtschaftskörper Rußlands von revolutionärem Fieber geschwächt, von den kapitalistischen Masgeiern zerhackt, die militärische Kraft fast vollkommen gebrochen, das Verhältnis zwischen Stadt und Land vergiftet worden, die Kraft der Konterrevolution mächtig gewachsen.

Nicht aus der Glut der ersten revolutionären Begeisterung, welche die Feinde der Revolution paralytiert, im Volke aber Latenzlust, Hingabe und Aufopferungsfreudigkeit weckt, erhalten die Bolschewiks die Staatsmacht, sondern in der höchsten Not der Verzweiflung. Die russischen Jakobiner sind vor eine fürchterlichere Aufgabe gestellt, als ihre berühmten Vorgänger aus der französischen Revolution, eine Aufgabe, deren Lösung kaum glaublich erscheint.

Aber die Bolschewiks haben doch auch andere Machtmittel in der Hand, als ihre Vorgänger. Erste Aufgabe jeder revolutionäre Regierung ist die Stützung ihrer eigenen Machtstellung. Ihrer unheilvollen Kompromißpolitik wegen war die verflozene Provisorische Regierung gezwungen, sich auf das Heer zu stützen. Das hieß aber, sich stützen auf die Generale des Zaren, auf den Kadavergehorsam willensloser Truppen, bei der fortschreitenden Zerfegung des Heeres auf die Todesstrafe und das Niedermegeln ganzer Regimenter. Das allein schon bedeutete, daß die Provisorische Regierung von vornherein ihr Geschick in die Hände der Militärpartei, der Konterrevolution legen mußte. An dieser Halbheit schon mußte sie zugrunde gehen, zerrieben von der Revolution, aus der heraus sie geboren, und der Reaktion, deren Machtmittel ihr Stütze sein sollten. Die Bolschewiks, die sich allein auf die breiten Massen des Volkes stützen können, die in allen anderen Klassen der Gesellschaft ihre Todfeinde haben, können es wagen, finden die Garantie ihrer Existenz in der Bewaffnung des gesamten Volkes, der grundlegende Maßregel jeder ganzen Revolution. Wie aus den Zeitungsmeldungen hervorgeht, ist damit schon begonnen worden und durch diese Maßregel schafft sich die Revolution ein festes Bollwerk gegen die Angriffe der reaktionären Mächte.

Ungleich schwieriger ist die Bewältigung der wirtschaftlichen Neuordnung. Die Verkehrs- und die Agrarfrage sind zu lösen. Das Agrarprogramm der Bolschewiks mit der Hauptforderung: Das Land in die Hände seiner Bebauer! ist bekannt. Es ist kein sozialistisches Programm, da die Wirtschaft für den Sozialismus noch nicht reif ist. Auch in einem modernen kapitalistischen Lande würde die Agrarfrage die größten Schwierigkeiten bieten, weil der „antikollektivistischen Bauernschädel“ ganz gewiß dem Sozialismus den heftigsten Widerstand entgegenstemmen würde und zwar wahrscheinlich nicht nur dadurch, daß sie an ihrem Besitztum kleben werden, sondern daß sie die ganze Volksernährung in Frage stellen. Demgegenüber versprechen nur die durchgreifendsten Maßregeln einen Erfolg, die zugleich den Versuch darstellen, den Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen ständiger Industriearbeiterschaft und landwirtschaftlicher Bevölkerung aufzuheben, indem ein ständiges Pulsieren zwischen Industrie und Landwirtschaft erzeugt wird, die Erziehung durch Arbeit praktisch durchzuführen und durch Maßregeln den Grund zu legen für die Entwicklung eines kräftigen, allseitig gebildeten Menschengenoms. Die größten Widerstände wecken die höchsten Leistungen. So wird es auch in Rußland sein.

In ihrer jämmerlichen Sorge um ihre eigene Existenz hat die Provisorische Regierung zu dem schmachvollen Mittel gegriffen, Stadt- und Landbevölkerung gegeneinander aufzuheben, um aus der Zwietracht beider zu gewinnen. Ihre Mindestpreispolitik zu Gunsten der Agrarprodukte verschärfte die Teuerung, brachte den Großstädten den Hunger, trieb damit aber auch die Massen der Großstädte in das Lager der Bolschewiks und führte zum Sturz der Regierung. Die Preispolitik kam aber nur den Grundherren, nicht den Bauern zu Gute. Deshalb ist zu erwarten, daß die Befriedigung des Landhungers der Bauernschaft, die Aufhebung der sie drückenden Lasten und Steuern, die staatliche Unterstützung und Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen ein festes Band zwischen Bauern und Industriearbeiterschaft knüpfen wird. Nicht Hemmung der Revolution, sondern ihr Vorwärtstreiben kann allein die Revolution selber sichern gegen den Anschlag der Reaktion.

Die Versorgung der Großstädte aber hängt wesentlich von der Wiederherstellung und Sicherung des Eisenbahnverkehrs ab. Das ist allein möglich, wenn es der neuen Regierung der Bolschewiks gelingt, sich in kurzer Zeit über das ganze Land auszubreiten. Zu diesem Zwecke muß sie sich vor allem des Heeres versichern. Das heißt Wiederherstellung der demokratischen Rechte der Soldaten, Wahl der Unterführer durch die Truppen selbst und Erziehung der höheren Führer durch unbedingte Anhänger der neuen Regierung, Entwaffnung der unzuverlässigen Sarentruppen.

Verhältnismäßig leicht wird die wirtschaftliche Reorganisation in den Großstädten sein. Die Bolschewiks brauchen nur das Programm durchzuführen, daß sie früher schon dem Arbeiter- und Soldatenrat gegen die widerspenstigen Kapitalisten vorlegten: Verhaftung der Direktoren der großen Werke, Stellung der Betriebe unter Staatsaufsicht, Einführung einer Werkdemokratie, weitgehende Sozialgesetzgebung, die vorzüglich dazu dienen muß, die erregten Massen zur Fortführung der Produktion zu veranlassen. Im Zusammenhang mit diesen Maßregeln stehen diejenigen, welche dem Staate die Grundlage geben: Beschlagnahme aller Güter der geschädigten Besitzer, Einziehung des Kriegsgewinnes, starke Besteuerung der großen Vermögen.

Aber alle diese Bemühungen werden nur Erfolg haben, wenn es gelingt den Frieden herzustellen. Dazu werden die Bolschewiks zunächst die Beziehungen zu den Ententemächten abbrechen, durch Veröffentlichung der Staatsdokumente die Imperialisten bloßstellen und auf alle Regierungen den stärkstmöglichen Druck zur Abschließung des Friedens ausüben. Da selbstverständlich die Bolschewiks keinen Frieden erstreben können, der die Ziele einer Imperialistengruppe sichert, wird der Erfolg ihrer Bemühungen wesentlich von dem Verhalten der übrigen Völker abhängen. So energisch wir davor warnen müssen, sich jetzt gemächlich Illusionen auf einen Frieden hinzugeben, der ganz von allein kommt, so bedeutet der Sieg der Bolschewiks doch die erste Realität, gegenüber der alle Konferenzen in Stockholm und anderswo, alle Parlamentsbeschlüsse und Ministerreden eitel Spreu sind.

Die Parlamentarisierung Deutschlands.

Alle Regierungen erleben eine Krise nach der anderen.

Man könnte sagen, sie kommen aus der Krise nicht heraus. Ribot ging weg, Bartou kam. Boselli ist tot, es lebe Orlando. Bethman-Hollweg war weg, es kam Michaelis, den der „Vorwärts“ als Uebergang zum parlamentarischen System begrüßte, um jetzt seinen Abgang vom neuen als einen Uebergang zu demselben parlamentarischen System zu begrüßen, das dem deutschen Volke den Weg zu allen Wohlstanen der Welt eröffnen soll. Diese neue Ära soll mit dem Grafen Hertling eröffnet werden. Während Herr Michaelis zum Kanzler ernannt wurde, ohne daß er wußte, weswegen ihm dieses nicht erspart wurde, während bei seiner Ernennung die Väter des Volkes garnicht gefragt wurden, ob sein Antlitz ihnen gefalle, sprach Herr Hertling mit den Vertretern der Volksvertreter und breitete ihnen seine Grundsätze aus. Und die Sozialpatrioten, die zuerst im „Vorwärts“ erklärten, der alte konservative Graf sei zwar ein ausgesucht edler Graf, aber für sie unannehmbar, sie erblicken in ihm jetzt einen neuen Uebergang zum parlamentarischen System, d. h. zu der Erneuerung des deutschen Reiches. Niemand wird in Zukunft wagen die Regierung zu übernehmen, ohne daß der Reichstag um Zustimmung zur Kanzlerernennung befragt ist. Nun ist das alles eine Legende. Erstens hat Graf Hertling und nicht die Regierung die Vertreter der Parteien um ihre Meinung gefragt, und zweitens gehört ein vollkommener faktischer oder gemintter Unverständnis dazu, um anzunehmen, daß sich eine Regierung durch einen Präzedenzfall binden läßt.

Aber legen wir uns einmal die Treuherzigkeit der Scheidemannier zu und nehmen wir an, daß in Deutschland ohne alle Kämpfe die Regierung auf ihr Recht der Bestimmung des Reichskanzlers verzichtet habe. Was dann? Dann werden eben die Nationalliberalen, die Freisinnigen, die Zentrumsleute zusammen mit den Sozialpatrioten, oder, wenn sich die Konjunktur ändert, zusammen mit den Konservativen den Reichskanzler begutachten, bevor ihn der Kaiser ernennet. Nun legen wir uns noch eine größere Dosis der Naivität zu, und nehmen wir an, daß die Vertreter der Reichstagsmehrheit den Kanzler wirklich bestimmen und somit die Politik der Regierung. Was wird die Folge davon sein?

Hier sind doch keine Prophezeiungen nötig, es liegen Tatsachen in einer Reihe von Ländern vor, die ein festes Urteil erlauben. In Frankreich, England und Italien besteht das gelobte Land, das unsere Sozialpatrioten den deutschen Arbeitern erst vorzaubern. Und das Resultat? Entweder herrscht eine offene arbeitereindliche Koalition, die auf Schritt und Tritt die Interessen der Arbeiterklasse offen mit Füßen tritt, oder es bildet sich eine bürgerlich-reformistische Koalition, die das in etwas versteckter Weise tut: Sie wirft den bestituierten Arbeitern, der Partei- und Gewerkschaftsbureaokratie, ein paar Knochen zu, für welchen Preis sie jede Arbeiterbewegung unterdrücken helfen. Das ist die Bedeutung des parlamentarischen Systems. Würde es heute in Deutschland bestehen, es würde in der Lage der Arbeiterklasse nicht das geringste ändern.

Weshalb Friedberg eine den Arbeitern günstigere Politik treiben sollte als die Beamtenregierung, die er bisher aufs nachdrücklichste beeinflussen konnte, wird man keinem Arbeiter erklären können. So stand die Sache schon vor dem Kriege. Jeder, der der Arbeiterklasse schon

damals das Paradies einer parlamentarischen Regierung vorhielt, war ein gewöhnlicher Schwindler. Heute, nachdem der Krieg einen Berg von Lasten auf dem Rücken der Volksmassen aufgestapelt hat, jetzt, nachdem er die Herrschaft der Kartelle ins ungeheure gesteigert hat, jetzt, nachdem alle Wege zur friedlichen Lösung der ungeheuren sozialen Fragen verbarriadiert und versperrt sind, mit dem faulen Zauber der Parlamentarisierung zu kommen, dazu gehört nicht nur Schwindelgenie, sondern auch eine Schwindlerunverfrorenheit.

Wie wollen Sie denn, Herr Scheidemann, den Arbeitern die Steuerlast abnehmen und der schweren Industrie auferlegen, wo sich doch Friedberg mit Ihnen garnicht zu einem anderen Zwecke koalitiert, als damit Sie jede Politik der Regierung unterstügen? Herr Scheidemann weiß es sehr gut und darum hat er auf dem Würzburger Parteitag die Arbeiter schon darauf vorbereitet, daß es gilt in der Zukunft mehr zu arbeiten, daß man keine großen Hoffnungen hegen könne usw. Das heißt: während bisher eine sozialistische Partei angesichts der drohenden Verschärfung des Elends die Massen zur Verschärfung der Kampfmethoden aufforderte, fordert jetzt die sozialpatriotische Partei sie auf, sich vorzubereiten darauf, daß aus der Koalition mit der Bourgeoisie eine Vergrößerung der Lasten entstehen wird, daß diese Koalition sie jedenfalls nicht mindern kann, daß es also gilt — das Schicksal zu ertragen.

Nicht die Parlamentarisierung der Regierung, nicht einmal ihre radikale Demokratisierung bildet die Rettung, sondern soziale Änderungen, die dem Volke nicht nur das Recht seine Angelegenheiten selbst zu ordnen geben würden (Demokratie), sondern auch die materiellen Mittel dazu: die Mittel der Produktion.

Als wir Linksradikalen vor dem Kriege erklärten, der Sozialismus sei die aktuelle Tagesfrage, die wirtschaftlichen Bedingungen seien für ihn reif, da rümpften die Zentrumsleute darüber die Nase. Wir fragen sie jetzt: welche Wege können sie nennen, die imstande wären, die furchtbare soziale Lage, die der Krieg hinterlassen wird, aus der Welt zu schaffen? Sie fühlen es selbst, daß es keine gibt. Wenn das ihr Ernst ist, dann sollen sie doch aufhören die Scheidemannier nur wegen der Tatsache anzugreifen, daß die Hertlingsche Parlamentarisierung keine Parlamentarisierung ist: dann gilt es den Massen zu sagen, daß auch die beste Parlamentarisierung ihnen soviel hilft, wie Weihrauch den Toten.

Die Weltlage und die russische Revolution.

Von Karl Kadek.

2. Der Bankrott der internationalen Politik der Sowiet.

Die auswärtige Politik der führenden Parteien der Sowiets, der Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre war eine Politik der Unentschlossenheit. Sie wollten in einer Hand das Schwert führen, mit der anderen die Friedenspalme schwingen. Sie versprachen dem russischen Proletariat auf die Ententeregierungen einen entsprechenden Druck auszuüben, um so die Friedensverhandlungen zu beschleunigen. Das Resultat? Ein früherer russischer Diplomat, Baron Rosen, der frühere

Gesandte in Tokio und Washington, schreibt in einem Brief an die Gorkische „Nowaja Schyn“: „Die von uns zugelassene Verschiebung der Besprechungen mit unseren Verbündeten, die zweideutige Haltung unserer Diplomatie in der von ihr angenommenen Formel gegenüber (Friede ohne Annexionen und Kontributionen und auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker), brachte und bringen den wirklichen Interessen Rußlands ungeheuren und unverbesserlichen Schaden.“

Die Bedeutung Rußlands fällt mit jedem weiteren Tage des Krieges in demselben Maße, wie der Staatsbankrott, der volle ökonomische Zerfall des Landes, ja die Zerstörung des Staates durch die steigende Welle der Anarchie mit schnellen Schritten nahen.“

Das ist ein Urteil eines konservativen Politikers, der zwar einen Frieden der Völker für eine vollkommene Utopie hält, der aber sieht, daß die russische Diplomatie nichts unternimmt, um auch den kapitalistischen Kompromißfrieden zu fördern. Aber was brauchen wir das Zeugnis des Diplomaten Rosen. Die „Iswiestja“, das Organ des Vollzugsausschusses der Sowiets bringen in ihrer Nummer vom 3. Oktober einen Artikel über die auswärtige Politik Rußlands während der Revolution, der eigentlich verdiente ungekürzt abgedruckt zu werden. Wir müssen uns aber mit einigen Auszügen begnügen.

„Während der Tätigkeit der ersten provisorischen Regierung, d. h. als Miljukow ihr angehörte, bestand die Tätigkeit des Ministers des Außern in dem Versuch, die offen bekundeten revolutionären Lösungen zu entkräften. Zur Zeit der ersten Koalition bis zum Rücktritt Teretellis stand das Ministerium des Außern fest auf dem Boden der Deklaration (Friede ohne Annexionen usw.), obwohl es praktisch nichts zu ihrer Verwirklichung unternahm. In der dritten Periode stand die russische Diplomatie nicht so fest auf dem Standpunkt, wie sich das im Zwischenfall Nabokow und die Stockholmer Konferenz gezeigt hatte. Jetzt geht die Entwicklung weiter in derselben Richtung. . . . Wir hören aus dem Munde des Ministers des Außern Worte, die nicht anders verstanden werden können, als ein vollkommener Bruch mit allem dem, was erklärt wurde mit Unterschrift, unter anderem auch des Ministers des Außern.“

Der allgemeine Eindruck, das allgemeine Ergebnis kann folgenderweise formuliert werden: Im März und April händigte die russische Revolution dem Ministerium des Außern ihr Programm zur Kennntnisnahme und Ausführung aus, aber das Ministerium hat es weder innerlich angenommen, noch energisch durchgeführt; wir hörten mehr von Versuchen, den Boden dieses Programms zu verlassen, als ihn zu verteidigen.“

Nach diesen allgemeinen Ausführungen suchen die „Iswiestja“ konkret zu zeigen, wie das alte diplomatische Personal des zarischen Rußlands im Amte blieb und wie es nach alten Methoden der zarischen Diplomatie weder mit dem russischen Volke noch mit dem Verbündeten in irgend welche Fühlung trat. „Ein halbes Jahr der Revolution ist vorüber. Viel Zeit ist verloren gegangen. Die auswärtige Lage Rußlands wird immer schwieriger. Nicht nur die Weiterführung des Krieges, sondern selbst der Friedensschluß droht sich zur Katastrophe auszuwachsen. Kann man noch länger dulden, daß unsere auswärtige Politik auch weiterhin ohne jeden

Einfluß der Nation geführt wird?" — so enden die „Iswiestja“ ihren Artikel. Und das „Djedo Naroda“, das Organ des Zentralkomitees der Sozialisten-Revolutionäre, erklärt im Anschluß an diesen Artikel, Teresttschenko habe sich „als Gefangener der zweiklassigen Diplomaten des alten Regimes erwiesen“. „Der Versuch, die russische auswärtige Politik auf ein neues Gleis zu stellen, mißlang ihm vollkommen und nach zwei, drei Schritten, die den Stempel des Dilettantismus trugen, fiel er ganz unter den Einfluß und die Leitung seiner nächsten Mitarbeiter. Deswegen nützte er gar nicht die erste Periode aus, bis zur Sulloffenfivie, in der unser internationales Prestige nicht erschüttert war — weder durch die Niederlage in der Front, noch durch die Spaltung der Demokratie — um das Interesse Rußlands zu vertreten.“

Genug der Zitate. Wie oberflächlich auch die Analyse der auswärtigen Politik Rußlands in den Organen ihrer bisher leitenden Parteien ist, sie enthält das vollkommene Eingeständnis eines vollen Bankrotts. Die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie, die bisher die Politik der Sowjets leiteten, die von der Arbeiterklasse die Unterstützung der Regierung forderten, erklären jetzt der Arbeiterschaft und der Welt treuherzig, daß die Regierung, in der doch ihre Vertreter saßen, auch nicht den Finger gerührt habe, um das Friedensprogramm der Sowjets zu verwirklichen, ja, es auch um einen Schritt der Verwirklichung näher zu bringen. Sie weisen auf Teresttschenko hin als den Schuldigen. Aber ganz davon abgesehen, daß diese Null die auswärtige Politik der russischen Revolution mit Zustimmung der Sozialpatrioten leitete und leitet, so ist es natürlich direkt komisch, eine Person zum Sündenbock für den Zusammenbruch eines Systems zu machen, hinter dem die ganze kleinbürgerliche Demokratie stand.

Das System aber bestand darin: wie die kleinbürgerliche Demokratie im Inneren sich an das Kapital anklammerte, die Rettung der Revolution in der Koalition mit dem Kapital sah, so wagte sie nicht einmal an den Druck auf die Verbündeten zu denken. Sagte doch ausdrücklich Teresttschi, man müsse bei jedem Schritt daran denken, daß er nicht zum Bruch mit dem Alliierten führe. Als die Alliierten das merkten, verslog ihre Angst vor dem Einfluß der Revolution auf ihre eigenen Volksmassen. Die Revolution, die es nicht wagte, weder im Innern noch nach Außen als eine Rebellion gegen das Kapital aufzutreten, konnte natürlich die Volksmassen im Auslande gegen ihre Regierungen nicht mobilisieren.

Die russische Revolution blieb isoliert und wurde zur Puppe in den Händen des Ententekapitals. Jetzt versteht das „Djelo Naroda“ gut, daß die von der Entente abgerungene Offensive dem Prestige der russischen Revolution einen Todesstoß verfezte. Eine Revolution, die ihre Söhne mit Gewalt zum Kampf gegen ihre Brüder, und für die Interessen des Kapitals treibt, die die Todesstrafe gegen die Soldaten einführt, die Artillerie gegen Arbeiter mobilisiert, sie kann keine Lohe bilden, nach der sich hoffend die Augen der Volksmassen richten. Nachdem die russische Revolution als Sturmbock der Entente eine Niederlage erlitten hat, wurde sie zum Jagdwild der Deutschen. Hindenburg könnte Kerenski eine Prämie bezahlen, weil erst die Offensive Kerenskis ihm erlaubte

ohne jedes Risiko die Bataillone Deutschlands gegen Rußland zu mobilisieren.

Nun nachdem die auswärtige Politik der russischen Sozialpatrioten den vollkommensten Bankrott praktisch erlitten hat, ziehen sie jetzt die Fahne ein, unter der die russische Revolution auf die Weltbühne trat. Der Ruf: Friede ohne Annexionen, Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist eine Phrase sagten die Bolschewiks vom ersten Tage an. Nachdem die Sozialpatrioten ihn zur Phrase praktisch gemacht haben, liquidieren sie ihn auch theoretisch, formell. Sie nützen die kurze Zeit, wo sie noch im Namen des Zentralkomitees der Sowjets sprechen können, bevor ihnen der Kongreß der Sowjets dieses Recht nehmen wird, sie senden Skobelew nach Paris zur Konferenz der Entente, und da sie, die Sklaven der Entente, zu ihrer Konferenz nicht zu dem Zwecke gehen, um die Massen zu wecken, sondern um „diplomatisch“ zu wirken, so geben sie ihm ein Friedensprogramm mit auf den Weg, das die volle Preisgabe des Friedens, und wenn nötig, des Kriegsprogramms der Revolution bedeutet.

Herr Skobelew soll sich bei den Ententeregierungen dafür einsetzen, daß die Ententeregierungen sich bereit finden zu einem Kompromißfrieden. Der Friedensvorschlag der bankrotten Sowjetführer geht stillschweigend nicht nur an allen alten Erungenschaften des britischen Imperialismus, an Irland, Indien, Ägypten vorbei, sondern berührt mit keinem Wort Mesopotamien, die wichtigste Eroberung Englands in diesem Kriege. Dafür ist es — in ausgleichender Gerechtigkeit — besorgt um den deutschen kolonialen Besitz, dessen Zurückgabe es fordert. Wir werden auf dieses „Programm“ nachher eingehen, wenn es uns im russischen Original vorliegen wird. Einstweilen genügt es seinen Charakter festzustellen: Im Namen der russischen Revolution wird ein imperialistisches Kompromißprogramm verkündet, das die Regierungen durchführen sollen.

Wer den Kopf eingebüßt hat, soll nicht den Verlust der Haare beklagen, sagt ein russisches Sprichwort. Nachdem die russische kleinbürgerliche Demokratie zum Werkzeug der Konterrevolution im Innern wurde, wie kann sie nach Außen als Werkzeug der Revolution auftreten? Die russischen Sozialpatrioten stellten sich jetzt offen und bestimmt auf eine Linie mit Sr. Heiligkeit, dem römischen Papst, mit den Exzellenzen des kleinstaatlichen Sozialpatriotismus, dem königlichen Minister Branting und Stauning, dem Berater der holländischen Königin, Troelstra, ja sogar mit den Herolden des Verständigungsfriedens aus der Wilhelmstraße und dem Ballplatz. Sie mögen uns nur belachen wegen unseres Programms des revolutionären Völkerfriedens. Ihr Programm ist utopisch. Das zeigt doch die Aufnahme der Papsmate durch die Entente. Keell ist in ihm nur der Verzicht auf das revolutionäre Erstgeburtsrecht der Revolution.

3. Die Schicksalsstunde der russischen Revolution.

Die russische Bourgeoisie arbeitet seit dem ersten Tag der Revolution daran, der russischen Revolution einen Stoß ins Herz zu verfezen. Die Entente schaut der Todesgefahr, in der sich die russische Revolution befindet, mit geteilten Gefühlen zu. Sie ist betrübt durch das Ausscheiden eines Kriegsverbündeten, der dem Kapital der Entente mit dem Blut seiner Söhne die Zinsen für

den Anleihen zahlte, aber gleichzeitig freut sie sich über die Niederlagen der verhassten Revolution. Der Verleumdungsfeldzug der Ententepresse gegen die russische Revolution bereitet den Boden für einen gemeinsamen Kreuzzug der heiligen kapitalistischen Allianz gegen sie.

Die russische Revolution ist eine Auflehnung der proletarischen Massen gegen die kapitalistische „Ordnung“. Könnte sie sie vernichten, sie würde es eher heute als morgen tun. Darum geziemt es ihr nicht zu flennen, gegen die auf ihr Haupt fallenden Schläge zu „protestieren“, was auch unnütze Zeitvergeudung ist. Sie zu wehren, die Leidenschaft der Volksmassen zu entfachen, die Feuerstämme des proletarischen Klassenkampfes in den Himmel steigen zu lassen, als Rufe um Hilfe: eilt, die Gefahr ist groß! — dazu fordern wir sie auf. Es ist möglich, daß die Hilfe nicht zeitig genug kommt. Dann werden auf dem Grabmal der russischen Revolution die alten Worte zu lesen sein: „O Freund! eile nach Sparta und sage, daß wir seinen Befehlen getreu, hier verscharrt liegen.“

Es ist möglich, daß der Krieg der russischen Revolution den Tod bringt. Es ist möglich, daß der Friede des kapitalistischen Kompromisses ihren Henkern die Hände gegen sie frei machen wird. Aber weder der Krieg an und für sich, ist ihr Tod, noch der Friede an und für sich ist ihr Retter. „Kommt der Friede als Nachwerk, als Ergebnis einer Verständigung der kapitalistischen Regierungen, dann wird er der russischen Bourgeoisie, den Ententemächten die Hände frei machen, damit alle am anderen Tage über das russische Proletariat herfallen und den gemeinsamen Feind der „Ordnung“ in Europa in Blutströmen erstickt“ — schrieb im August Spartakus in einem Artikel, zu dem wir noch zurückkehren werden.

Die Krise naht der Lösung.

Von N. Lenin.

Die Ereignisse in Rußland, die sich schnell überholen, haben auch untenstehenden Artikel aus dem Feder des Gen. Lenin überholt, trotzdem bringen wir ihn, da er die Verhältnisse vor dem letzten Umschwung schildert und unseren Lesern manches bietet, die Lage in Rußland besser beurteilen zu können. Red.

In Rußland ist die Revolution zweifelsohne an den Wendepunkt angelangt.

In einem Bauernlande, unter einer revolutionären, republikanischen Regierung, die von den Parteien der Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks unterstützt wird, von Parteien, die noch vor kurzem die Mehrheit des Kleinbürgertums hinter sich hatten, wächst jetzt ein Bauernaufstand. Es ist unglaublich, und doch ist es Tatsache.

Uns Bolschewiks wunderte diese Tatsache nicht, wir sagten immer, daß die Politik der berühmten Koalition mit der Bourgeoisie, eine Politik des imperialistischen Krieges, eine Politik der Beschützung der Kapitalisten und Junker vor dem Volke ist.

In Rußland existiert, dank dem Verrat der Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks neben der Regierung der Sowjets eine Regierung der Kapitalisten und Junker. Ist es zu verwundern, daß in Rußland bei dem grenzenlosen Elend, das die Weiterführung des imperialistischen Krieges dem Volke gebracht hat, bei all

den Folgen des Krieges, ein Bauernaufstand losbrach und wächst?

Wo ist da Platz für Verwunderung, wenn die Gegner der Bolschewiks, die Führer der offiziellen Partei der Sozialisten-Revolutionäre, die die „Koalition“ immer unterstützte, derselben Partei, die noch vor wenigen Tagen, oder wenigen Wochen, die Mehrheit des Volkes beherrschte, — der Partei, die heute noch die „neuen“, linken Sozialisten-Revolutionäre, die sich überzeugt haben, daß die Politik der Koalition ein Verrat an den Interessen des Bauerntums ist, beschimpft und bekämpft — wenn diese Führer der offiziellen Sozialisten-Revolutionäre, am 29. September in einem redaktionellen Leitartikel des „Djelo Naroda“, ihres offiziellen Organs, folgendes schreiben:

„Bis jetzt wurde fast nichts zur Beseitigung der sklavischen Verhältnisse, die bis jetzt noch auf dem Lande, besonders in Zentral-Rußland herrschen, getan. Das Gesetz über die Neuordnung der Agrarverhältnisse auf dem Lande, das längst schon der Provisorischen Regierung vorgelegt wurde und sogar das Fegefeuer des Juristischen Beirats glücklich passierte, ist irgendwo in den Tiefen der Kanzleien hoffnungslos verschunden. Sind wir nicht im Recht zu behaupten, daß unsere republikanische Regierung noch beivveitem nicht frei von den alten zarischen Regierungssitten ist und daß die Stolypinschen Methoden in den Manieren der revolutionären Minister noch weiterleben?“

So schreiben die offiziellen Sozialisten-Revolutionäre. Beachtet doch eins: die Anhänger der Koalition sind genötigt zuzugeben, daß nach 7 Monaten der Revolution in einem Bauernlande fast nichts getan ist „zur Beseitigung der Sklaverei“ der Bauern, zur Befreiung von den Junkern.

Die Sozialisten-Revolutionäre sind es, die genötigt sind, ihren Kollegen, den Herren Kerenski und seine ganze Bande von Ministern, als Politiker vom Schlage Stolypins zu beschimpfen.

Könnte man denn ein besseres Zeugnis aus dem Lager unserer Gegner finden, das beweist, nicht nur, daß die Politik der Koalition zusammengebrochen ist, nicht nur, daß die Sozialisten-Revolutionäre, die in ihrer Mitte einen Kerenski dulden, zum Niveau einer volksfeindlichen, einer bauernfeindlichen, einer konterrevolutionären Partei gesunken sind, sondern auch, daß die russische Revolution an einem Wendepunkt angelangt ist?

Ein Bauernaufstand in einem Bauernlande gegen eine Regierung des Sozialisten-Revolutionärs Kerenski, gegen die Menschewiks Nikitin und Smozdiew, gegen die anderen Minister — Vertreter des Kapitals und der Junker! — das ist die Lage. Die Niederwerfung dieses Aufstandes durch Militär, auf Geheiß der republikanischen Regierung — das ist die Konsequenz dieser Lage! Kann man angesichts dieser Tatsachen ein ehrlicher Anhänger der proletarischen Sache sein, und gleichzeitig verneinen, daß die Krise reif ist, daß die Revolution am Wendepunkt ist, und daß der Sieg der Regierung über die Bauern das Begräbnis der Revolution, der Triumph der Konterrevolution wäre?

* * *

Es ist klar, daß, wenn in einem Bauerlande, nach 7 Monaten einer demokratischen Republik, es zu einem Bauernaufstand kommen konnte, dies ein unwiderlegbarer Beweis eines allgemeinen Zusammenbruches der Revolution, einer tiefen Krise, einer Offensive der Konterrevolution „bis zum Äußersten“ ist.

Das ist vollkommen klar. Angesichts der Tatsache eines Bauernaufstandes haben alle anderen Symptome, auch wenn sie gegen eine Zuspitzung der allgemeinen Krise sprechen würden, überhaupt keine Bedeutung. Aber alle Symptome weisen im Gegenteil daraufhin, daß eine tiefe Krise zur Lösung heranreift.

Nach der Agrarfrage hat für das innenpolitische Leben Rußlands, für das Kleinbürgertum besonders, die nationale Frage eine sehr große Bedeutung. So sehen wir auch, daß auf der Demokratischen Beratung, die doch von den Herren Teretelli u. Ko. präpariert wurde, die „nationale“ Kurie ihrem Radikalismus nach nur der der Gewerkschaften nachgibt: sie steht an der zweiten Stelle, an der dritten stehen die Arbeiter- und Soldatenräte, die, dem Prozent der Stimmen nach (40 auf 55) gegen die Koalition abgegeben wurden. Aus Finnland führt die Regierung Kerenski, die Regierung der Niederzwingung des Bauernaufstandes, die revolutionären Armeen weg, um die reaktionäre finnische Bourgeoisie zu stützen. In der Ukraina mehrten sich die allgemeinen Konflikte, wie die Konflikte der ukrainischen Regimenter mit der Regierung von Tag zu Tag.

Nehmen wir weiter die Armee, die in Kriegszeiten eine besonders große Rolle in dem Staatsleben spielt. Hier sehen wir die vollkommene Abwendung der finnländischen Armee und der baltischen Flotte von der Regierung. Wir hören den Bericht des Offiziers Dubasow, keines Bolschewiks, der im Namen der ganzen Front spricht, und viel entschiedener als die Bolschewiks darüber spricht, daß die Soldaten den Krieg nicht weiterführen werden.

Wir lesen die Regierungsberichte darüber, daß die Stimmung unter den Soldaten „nerods“ ist, und daß man für die „Ordnung“ nicht bürgen kann, d. h. man ist nicht sicher, ob sich die Soldaten zur Niederknüpfung der aufständischen Bauern mißbrauchen lassen werden. Wir sehen endlich die Abstimmung in Moskau, wo von 17 000 Soldaten 14 000 für die Bolschewiks stimmten. Ueberhaupt ist diese Wahlabstimmung zu den Rayonskommunalversammlungen eines der beweiskräftigsten Symptome der Tiefe des Umschwunges in der allgemeinen Stimmung.

Daß Moskau viel kleinbürgerlicher ist als Petrograd, ist allgemein bekannt. Daß das Moskauer Proletariat viel nähere Beziehungen zu den Bauern, mehr bäuerliche Sympathien hat, viel intimer die Bauernstimmung widerspiegelt, ist eine alte und bewiesene Tatsache. Und ausgerechnet in Moskau, fallen die Stimmzahlen für die Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks von 70 Prozent im Juli auf 18 Prozent im Oktober. Das Kleinbürgertum ist gegen die Koalition, das Volk ist gegen die Koalition, hier ist jeder Zweifel unmöglich. Die Kadetten steigen von 17 Prozent auf 30 Prozent, sie bleiben nichtsdestoweniger die Minderheit, eine hoffnungslose Minderheit, obwohl offenbar die rechten Sozialisten-Revolutionäre und die rechten Menschewiks sich

zu ihnen geschlagen haben. Und die „Ruskija Wiedomosti“ verzeichnen, daß die Stimmenzahl der Kadetten absolut gefallen ist. Sie hatten 67 000 Stimmen gegenüber der 62 000 von jetzt. Nur die Bolschewiks haben einen Stimmenzuwachs: von 34 000 auf 82 000. Sie bekamen 47 Prozent aller Stimmen.

Daß wir zusammen mit den linken Sozialisten-Revolutionären jetzt die Mehrheit in den Sowjets, in der Armee und im Lande haben, unterliegt keinem Zweifel.

Zu den Anzeichen, die nicht nur eine symptomatische, sondern eine ganz reelle Bedeutung besitzen, gehört auch die Tatsache, daß die Armee der Eisenbahner und der Postbeamten, die eine ungeheure Rolle in dem ökonomischen, wie politischen Leben des Landes spielen, in einem scharfen Konflikt mit der Regierung verbleibt, wo sogar die menschewikischen Sozialpatrioten mit ihrem Minister Nikitin nicht zufrieden sind und die offiziellen Sozialisten-Revolutionäre Kerenski u. Ko. „Stolypinsche Gestalten“ nennen.

Es ist klar, daß, wenn eine solche Unterstützung der Regierung seitens der Menschewiks und der Sozialisten-Revolutionäre eine Bedeutung hat, so ist es eine negative.

Sa, die Führer des Zentral-Vollzugsausschusses treiben eine regelrechte Politik der Verteidigung der Bourgeoisie und der Junker. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bolschewiks, die sich in die Falle der konstitutionellen Illusionen, des Glaubens an die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, der Erwartung des Kongresses aller Sowjets usw. fangen ließen, daß solche Bolschewiks nur armselige Verräter an der Sache des Proletariats wären.

Die Niederzwingung des Bauernaufstandes durch eine Regierung, die sogar das „Dielo Naroda“ mit Stolypin vergleicht, zu dulden, heißt die Revolution zu verderben. Sie jafeln von der Anarchie, von der Gleichgültigkeit der Massen. Die Massen sollen nicht gleichgültig den Wahlen gegenüber sein, wenn das Bauerntum zu einem Aufstand greifen muß, und die revolutionäre Demokratie die Niederwerfung des Aufstandes duldet.

Die Niederwerfung des Aufstandes in diesem Momente zu dulden, heißt die Erlaubnis zur Fälschung der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu geben, die noch schlimmer, noch unverschämter sein wird, als das schon bei den Wahlen zu der Demokratischen Beratung und zum Vorparlament der Fall war.

Die Krise naht der Lösung. Die ganze Zukunft der russischen Revolution steht auf dem Spiele. Die Krise naht der Lösung.

An unsere Abonnenten!

Es war uns für diesmal nicht möglich, das weiße Papier, das unsere Abonnenten gewohnt sind, zu bekommen; der Papiermangel, der sich immer fühlbarer macht, war zum Teil auch Schuld daran, daß wir einige Male nur im verminderten Umfange erscheinen konnte. Unser Bestreben soll es stets bleiben, das geistige Band nicht zerreißen zu lassen. Verlag der „Arbeiterpolitik“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 47

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
.. Nummunderstraße Nr. 23. ..

Bremen, den 24. November 1917

Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellschein

Inhalt:

Imperialismus und Demokratie	Seite 353
Der Bürgerkrieg in Rußland	354
Zwei Friedensprogramme. Von Karl Radek	355
Afrika und der Friede. Von E. D. Morel	358
(Schluß)	358
Feuilleton:	
An der Grenze. Von J. L. Perez. — Christus. —	
Noch führen wir Krieg. Von Iwan Turgenjew	360

Imperialismus und Demokratie.

Anscheinend gibt es keinen größeren Gegensatz als zwischen diesen beiden politischen Grundrichtungen. Der Imperialismus ist die Politik des modernen Kapitals, das Weltmacht nötig hat für seine Expansion. Deshalb bedeutet Imperialismus zugleich die politische Herrschaft dieses Kapitals; nur wenn es unumschränkt über alle Hilfsquellen des Staates gebieten kann, über die Menschen, über die Regierungsgewalt, über Armee, Industrie und Diplomatie, wenn es das alles in den Dienst seiner Weltmachtziele stellen kann, nur dann ist der Imperialismus als System möglich. Aber Herrschaft des modernen Kapitals, des Großkapitals, des Finanzkapitals ist Herrschaft der Wenigen über die Masse; eine kleine Gruppe von Kapitalmagnaten, umkreist von einem Troß von Aktionären und Direktoren, im engen Verband mit den Spitzen des Militärs, des Beamtentums, des Grundbesitzes beherrscht Gesellschaft und Staat. Das ist die ökonomische Grundlage des Imperialismus.

Demokratie ist in Allem der völlige Gegensatz dazu. Demokratie ist Herrschaft des Volkes, also Eigenherrschaft des Volkes über sich selbst, d. h. diejenige politische Organisation, durch die das Volk seine eigenen Interessen versorgen kann. Das Ziel ist nicht Weltmacht, sondern die eigene Wohlfahrt, nicht auf das Ausland, sondern auf das Inland gerichtet, nicht militärische Eroberung, sondern friedliche Produktion. Also in jeder Hinsicht das genaue Gegenteil von Imperialismus.

So ist es auch meistens mehr oder weniger klar empfunden. Aber trotzdem haben sich Erscheinungen gezeigt, die gleichsam einen Zusammenhang, eine Verwandtschaft erzeugen. In der Gesellschaft sind die Gegensätze nie einfach und unvermittelt; auch wenn sie noch so klar sind, so kommt immer etwas anderes hinein, das den Gegensatz verwirrt, verwischt und scheinbare oder wirkliche Zusammenhänge produziert. Wer das nicht bedenkt — d. h. nicht dialektisch zu denken weiß, nicht mit Maß und Vernunft zu unterscheiden weiß — sieht sich

plötzlich vor Tatsachen gestellt, die seine Denklinie verwirren und sein Handeln unsicher macht, ja ihn bisweilen völlig purzeln lassen.

Es war der selbige englische Politiker Joe Chamberlain, der erste große bewußte Imperialist, der diese Verwandtschaft zum Angelpunkte seiner Politik machte — er war ja auch ein Radikaler, bevor er Imperialist wurde, und er ist daher der Vorgänger aller jener Modernen, die aus Demokraten oder Sozialdemokraten zu Klopfschlechtern des Imperialismus wurden. Chamberlain sagte: Imperialismus und Demokratie gehören zusammen als zwei Seiten derselben Politik. Aus der Beherrschung fremder Weltteile zieht England große Gewinne (Handelsgewinne nannte Chamberlain sie), seine Industrie blüht, und davon bekommen die Arbeiter auch ihren Teil, z. B. in der Gestalt gut eingerichteter Sozialgesetze, Alterspensionen u. dergl.; diese Weltpolitik ist also im Interesse der Arbeiter und muß von den Arbeitern als demokratische Politik unterstützt werden. In dirren Worten kommt es darauf hinaus: Arbeiter und Bourgeoisie vereinigen sich, um Fremdvölker auszubeuten und zu teilen, wobei natürlich der Bourgeoisie der Löwenteil, den Arbeitern ein Knochen zufällt.

Für das England vor 30 Jahren wäre das noch eine verständliche Politik, denn das Risiko dieser Ausbeutung war damals noch nicht groß. Wenn jetzt ähnliche Gedankengänge in anderen Ländern auftauchen, liegt die Sache wesentlich anders. Denn neben den versprochenen Vorteilen liegen handgreiflich die Gefahren: Streit zwischen den verschiedenen Mächten, Krieg, Tod, Verwüstung und Untergang der Kultur. Angesichts der Praxis des Weltkrieges könnte man also glauben, daß das Thema Imperialismus und Demokratie jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung stehen könne. Aber gerade umgekehrt ist es jetzt aktueller als je. Und zwar nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen.

Der Imperialismus ist die Politik, die alle Volkskraft in den Dienst des Streben nach Weltmacht stellt. In diesem gewaltigen Ringen der Mächtegruppen muß die regierende Klasse in der Tat alle Kräfte, die im Volke liegen, materielle wie geistige, intellektuelle wie sittliche, zu ihrer Verfügung haben und anspannen. Aber diese liegen in den Menschen; die Menschen muß man haben. Und es genügt nicht, daß sie gehen; sie müssen willig, begeistert gehen. Daß die Menschen willig, teilweise sogar begeistert in den Krieg zogen, in fast allen Ländern, das war im Anfang des Krieges die große freudige Ueberraschung für die Bourgeoisie. Ueber die